

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Oktober 2007



Die SPD kommt mit der Arbeit nicht mehr zurecht

Arbeit und Kapital sind die Quellen allen Wohlstands. Die Sozialdemokraten haben sich immer ein bisschen schwergetan, Arbeit und Kapital als grundsätzlich gleichwertige Produktionsfaktoren zu betrachten. Sie sind aber den Sozialisten oder gar den Kommunisten nie auf dem Irrweg des Antikapitalismus gefolgt. Spätestens seit dem „Godesberger Programm“ 1959 haben die Sozialdemokraten ihren Frieden mit dem Kapital gemacht. Gesetze, wie das über die Mitbestimmung in Großunternehmen, mag man so oder so bewerten: Sie haben aber wohl dazu beigetragen, dass es zu diesem Friedensschluss gekommen ist.

Nun kommt die SPD mit der Arbeit nicht mehr zurecht. Sie streitet über die Frage: „Kann es nicht sein, dass sich unter den Bedingungen des Sozialstaats die Ausbeutungsverhältnisse verschoben haben: von der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital, hin zur Ausbeutung der Arbeit durch die Nichtarbeit der Arbeitslosen und die Nichtmehrarbeit der Rentner?“ In der Regierungszeit der rot-grünen Koalition unter der Kanzlerschaft Gerhard Schröders galt diese Frage zumindest als zulässig. Es wurde auch nicht ausgeschlossen, dass – in vielen Fällen – die Antwort „Ja“ wohl zutreffend sein könnte. Daraus wurden Folgerungen gezogen. Die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld war nicht zuletzt als Versuch gemeint, die Suche nach Arbeit zu beschleunigen und damit die Inanspruchnahme der beitragszahlenden Solidargemeinschaft nicht über Gebühr zu strapazieren. Aus dem gleichen Geiste wurde die Initiative der heute regierenden „Großen Koalition“ geboren, die Altersgrenze für den Bezug der Rente über einen langen Zeitraum allmählich anzuheben.

Die Turbulenzen, die das in der SPD auslöst, könnten Folgen nicht nur für die Wahl des Führungspersonals, sondern auch für die Programmausrichtung und für die Koalitionsbereitschaft der Partei haben.

Hans D. Barbier

Arbeitsplatzsuche

Bei der Suche nach einem Arbeitsplatz sind informelle Kontakte oder Bekannte sowie Bewerbungen auf Zeitungsanzeigen besonders erfolgversprechend: 63 Prozent der Stellensucher fanden auf diese Weise einen Arbeitsplatz. Weitere knapp 25 Prozent kamen durch Initiativbewerbungen oder Übernahmen nach Praktika zum Ziel.

Über die Bundesagentur für Arbeit und ihre Jobcenter wurden in den vergangenen Jahren lediglich zehn Prozent neu geschlossener Arbeitsverhältnisse angebahnt. Vom Einsatz der Arbeitsverwaltung profitieren hauptsächlich Männer mit abgeschlossener Berufsausbildung, die eine Vollzeitbeschäftigung im produzierenden Gewerbe suchen. Sie wurden besonders schnell vermittelt.

www.diw-berlin.de/

Verhaltene Sparneigung

Der Anteil der Bundesbürger, die regelmäßig sparen, ist leicht gestiegen: Nur 48,2 Prozent legen Geld zurück. Damit lag der Anteil ein wenig höher als in der Frühjahrsumfrage des Verbandes der Privaten Bausparkassen. Im März 2007 hatte er mit 47,4 Prozent den niedrigsten Stand seit 1997 erreicht.

Das Sparmotiv „Altersvorsorge“ nannten 65 Prozent der Befragten. „Erwerb oder Renovierung von Wohneigen-

tum“ wurde von knapp 52 Prozent angegeben. Während bei der Märzumfrage 6,8 Prozent der Befragten planten, in Zukunft mehr zu sparen, wollen das laut der aktuellen Befragung 8,3 Prozent.

www.bausparkassen.de

Sparmotive

Mehrfachnennungen möglich

Altersvorsorge	64,7 %
Konsum	54,8 %
Wohneigentum	51,6 %
Kapitalanlage	35,8 %
Kinder	3,7 %
Notgroschen	3,5 %

Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen

Höhere Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen wachsen weiter zweistellig: Im August nahmen Bund und Länder 35,8 Milliarden € an Steuern ein, das waren 10,8 Prozent mehr als im selben Vorjahresmonat. Von Januar bis August 2007 haben Bund und Länder gegenüber dem Vorjahr 12,6 Prozent mehr Steuern erhalten. Für den Bundesfinanzminister ergab sich ein Anstieg bei den Steuereinnahmen um 16,5 Prozent auf 141,7 Milliarden €. Die Bundesländer nahmen 135,4 Milliarden € Steuern ein, ein Zuwachs von 10,7 Prozent.

Einen Steuergeldsegen verbuchen auch Städte und Gemeinden: Sie können sich bundesweit über einen Überschuss von 900 Millionen €

freuen. Weil sich zuvor allerdings jahrelang hohe Defizite angesammelt haben, bleiben viele Kommunen weiter verschuldet – ebenso wie Bund und Länder.

www.bundesfinanzministerium.de/

Kaufkraftgefälle

Der Kaufkraftvergleich des Statistischen Bundesamtes zeigt, welchen Gegenwert deutsche Reisende für einen Euro erhalten, wenn sie ihre Urlaubstage im Ausland verbringen: Wer in diesen Wochen Ägypten besucht, kann dort für einen Euro Waren kaufen, die in Deutschland 1,36 € kosten würden. Deutsche leben auch in Polen, Südafrika oder Thailand billiger als zu Hause. Der hohe Eurokurs führt dazu, dass das Preisniveau in den Vereinigten Staaten von Amerika ungefähr dem der Bundesrepublik entspricht; Urlaub in Italien, Japan oder Frankreich ist dagegen kostspieliger.

Euro-Kaufkraft	
Für 1,00 € erhalten Reisende aus Deutschland Waren im Wert von	
1,36 €	in Ägypten
1,29 €	in Südafrika
1,25 €	in Polen
1,23 €	in Litauen
1,20 €	in Thailand
1,18 €	in Tschechien
1,00 €	in Griechenland
0,99 €	in Belgien
0,98 €	in Australien
0,98 €	in Russland
0,96 €	in Österreich
0,92 €	in Italien
0,88 €	in Frankreich
0,86 €	in Schweden
0,79 €	in Japan
0,72 €	in Norwegen

Quelle: Statistisches Bundesamt

Mindestlöhne und Wettbewerb

Was haben Bauarbeiter, Maler, Lackierer, Gebäudereiniger, Elektrohandwerker und Dachdecker gemeinsam? – Ihnen ist ein Mindestlohn garantiert. Hält die große Koalition aus CDU/CSU und SPD an ihrem Ziel der Ausweitung von Mindestlöhnen fest, könnten andere Branchen bald folgen.

Für die nähere Zukunft hoffen die Beschäftigten im Postwesen auf einen Mindestlohn: Der Arbeitgeberverband Postdienste und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di haben sich bereits auf einen entsprechenden Tarifvertrag geeinigt. Die Initiative dazu ging maßgeblich von der Unternehmensleitung der Deutschen Post AG aus. Das Unternehmen rief den Arbeitgeberverband Postdienste ins Leben und hat darin eine dominierende Position.

Post: Auf dem Weg zum Mindestlohn?

Post und ver.di haben Mindestlöhne zwischen 8,00 € und 9,80 € für die gesamte Branche ausgehandelt. Sie begründen das mit Dumping-Löhnen der neuen Konkurrenz, die bei der Post AG bis zu 32 000 Arbeitsplätze kosten könnten. Die Bundesregierung hat bereits signalisiert, dass sie einen Tarifvertrag für „allgemeinverbindlich“ erklären und in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufnehmen würde. Der Tarifvertrag wäre dann für alle, auch nicht tarifgebundene Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Geltungsbereich bindend.

Dagegen wehren sich die Konkurrenten der Post, deren wichtigste Vertreter sich inzwischen im „Arbeitgeberverband der Neuen Brief- und Zustelldienste“ zusammengefunden

haben. Zugleich gibt es erste Anzeichen der Gründung einer „Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste“, die in Konkurrenz zu ver.di treten will.

Den Konkurrenten der Post ist die Marktabschottung im Bereich der Briefzustellung ein Dorn im Auge. Briefträger erhalten laut Post-Tarifvertrag einen Mindestlohn von 9,80 € in den alten und 9,00 € in den neuen Bundesländern. Andere Beschäftigte im Postdienst, die keine Briefe austragen, haben Lohnuntergrenzen von 8,00 € bzw. 8,40 €. Diese Differenz, aber auch die Kritik der Post-Wettbewerber sind vor dem Hintergrund des zum Jahreswechsel auslaufenden Briefmonopols für Sendungen unter 50 Gramm Gewicht zu sehen.

Während bereits weite Teile des Postversands liberalisiert wurden, wird zu Jahresbeginn 2008 auch der letzte geschützte Bereich des ehemaligen Staatsunternehmens in den Wettbewerb entlassen. Das DAX-Unternehmen mit Sitz in Bonn hat im ersten Halbjahr 2007 etwa 22 Prozent des Konzernumsatzes in Höhe von 31 Milliarden € – und mehr als die Hälfte seines Gewinns vor Steuern und Zinszahlungen – mit dem Briefversand erwirtschaftet. Deswegen hat das Unternehmen ein großes Interesse, sich in diesem Be-

reich vor Wettbewerb zu schützen.

Die branchenweite Einführung des ausgehandelten Mindestlohns würde der Post-Konkurrenz den Eintritt in den Briefmarkt erschweren. Nach Meinung des „Arbeitgeberverbandes der Neuen Brief- und Zustelldienste“ dürfte ein akzeptabler Mindestlohn keinesfalls 7,50 € überschreiten.

Inwieweit dieser Stundensatz die tatsächliche „Schmerzgrenze“ markiert, wird sich zeigen, sollte der Mindestlohn für Briefträger tatsächlich für „allgemeinverbindlich“ erklärt werden. Dann wird auch offensichtlich, wie stark der Wettbewerb eingeschränkt wird. Dass es zu Wettbewerbsbeschränkungen kommt, scheint im Hinblick auf das Verhalten der Deutschen Post AG gewiss: Warum, wenn nicht aus Gründen der Abschottung, sollte ein Unternehmen seine Personalkosten – und damit zugleich die seiner Konkurrenten – mit einer staatlich kontrollierten Untergrenze versehen? Soziale Verantwortung für die eigenen Arbeitnehmer ließe sich auch freiwillig und ohne gesetzliche Ausdehnung auf andere wahrnehmen.

Politische Moral und Arbeitsmarkt

Abgesehen vom aktuellen Zwist um die Post und ihre Wettbewerber, ist sich die Re-



„Mindestlöhne sind nicht zum Schutz einzelner Unternehmen vor unliebsamer Konkurrenz gedacht.“

Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

gierungscoalition einig, Mindestlöhne als sozialpolitisches Instrument auszuweiten. Dabei treten wahltaktische Erwägungen zutage, die sich einer moralischen Argumentation bedienen: Wer arbeitet, muss von seinem Lohn auch leben können. Ist das nicht der Fall, muss der Staat dafür sorgen. Ein gesetzlich verankerter Mindestlohn wird als günstige Variante gesehen, da die Kosten nicht von staatlichen Kassen, sondern von den Arbeitgebern zu tragen sind. Diese Begründung entpuppt sich aber als scheinmoralisch: Bedeutete dies doch beispielsweise, dass ein Familienvater bei gleicher geleisteter Arbeit mehr als ein Alleinstehender verdienen müsste und deswegen von vornherein schlechtere Beschäftigungschancen besäße. Zudem fehlt ein Maßstab für einen allgemeinen Mindestlohn, da jeder aufgrund seiner konkreten Situation andere Mittel zum Leben benötigt.

Manche Politiker und Politikberater führen auch positive Beschäftigungseffekte ins Feld. Ihre Überlegung: Geringverdiener, die von Lohnuntergrenzen besonders profitieren, lassen jeden zusätzlich verdienten Euro in die täglichen Ausgaben einfließen und beleben dementsprechend den gesamtwirtschaftlichen Konsum. Das wiederum würde die Erwartungen der Unternehmen positiv beeinflussen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen.

Gegner des Mindestlohns verweisen auf entgegengesetzte Effekte, wenn der Mindestlohn die erwirtschaftete Leistung einzelner Arbeitnehmer übersteigt. Die entsprechen-

den Arbeitsplätze wären dann nicht mehr lohnenswert für die Unternehmen, würden nicht mehr besetzt oder ins billigere Ausland verlagert. Wenn zudem aufgrund von Starrheiten im Lohngefüge auch die Löhne über dem Mindestlohn steigen, könnte sich dieser Effekt für höhere Entgeltklassen fortsetzen und weitere Arbeitsplätze kosten.

Soweit die Theorie. In der volkswirtschaftlichen Realität sind die Folgen von Mindestlöhnen nicht so einfach zu bestimmen. Die zahlreichen internationalen Studien zum

Thema kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Tendenziell ist aber ein negativer Beschäftigungseffekt von allerdings nur geringem Ausmaß auszumachen. Festhalten lässt sich: Mindestlöhne haben in (noch) keiner Volkswirtschaft zu Massenarbeitslosigkeit geführt, sie haben sich aber auch (noch) nirgendwo als „Stein der Weisen“ in der Beschäftigungspolitik entpuppt.

Bei der Ausweitung von Mindestlöhnen orientiert sich die Politik zur Zeit – über das gesamte Parteienspektrum hinweg – an den Ergebnissen

aktueller Umfragen, die auf eine Hinwendung zu vermeintlich sozialen Aspekten verweisen. Diesen Trend haben die Politiker teilweise selbst verschuldet, indem sie seit Jahren betonen, Gesellschaft und Wirtschaft (um-)gestalten zu müssen und dies auch zu können. Damit entfernen sie sich immer weiter von den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft.

Weniger Regulierung, mehr Wettbewerb

Besser wäre es, die Politiker würden sich nicht im Streit um Mindestlöhne und als Getriebene der verschiedenen Interessengruppen aufreiben. Stattdessen sollten sie sich des Wettbewerbs als Instrument der Wirtschaftspolitik bedienen und sich auf das Setzen von Rahmenbedingungen konzentrieren. Zwar würden sie damit auf direkten Einfluss verzichten und Macht zugunsten der Kreativ- und Produktivkräfte der Gesellschaft abgeben. Ordnungspolitik im Sinne Ludwig Erhards wäre aber gerade dem zugrundeliegenden Zusammenspiel von Freiheit und Verantwortung – und damit dem Wettbewerb – verpflichtet. Denn eine dynamische und durchlässige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ermöglicht Vollbeschäftigung, die ihrerseits Voraussetzung dafür ist, dass Arbeitnehmer nicht die schwächere Verhandlungsposition auf dem Arbeitsmarkt haben. Dann gäbe es weder die Notwendigkeit für, noch Interesse an Mindestlöhnen.

Lars Vogel

Mindestlohn durch Allgemeinverbindlicherklärung

■ In Deutschland gibt es keine staatlich festgelegten Mindestlöhne. Löhne und Arbeitsbedingungen werden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelt. Dies findet allerdings nicht in unzähligen Einzelgesprächen statt, sondern in Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Ergebnis der Verhandlungen ist ein Tarifvertrag, der für beide Tarifparteien bindendes Recht darstellt.

■ Auf Antrag einer Tarifvertragspartei kann der Bundesminister für Arbeit und Soziales einen Tarifvertrag für „allgemeinverbindlich“ erklären. Dazu müssen die tarifgebundenen Arbeitgeber laut § 5 Tarifvertragsgesetz mindestens fünfzig Prozent der unter den Tarifvertrag fallenden Arbeitnehmer beschäftigen. Des Weiteren muss die Erklärung „im öffentlichen Interesse geboten“ erscheinen. Zur „Behebung eines sozialen Notstands“ kann auf beide Voraussetzungen verzichtet werden. Die Entscheidung des Bundesarbeitsministers erfolgt einvernehmlich mit einem Ausschuss, der aus je drei Vertretern der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften zu bilden ist. Potenziell betroffene Unternehmen und Arbeitnehmer, aber auch unbeteiligte Verbände und Gewerkschaften können Stellung nehmen.

■ Nach Inkrafttreten der Allgemeinverbindlicherklärung wird diese – wie andere Rechtsnormen auch – öffentlich bekannt gemacht. Damit gelten die Regeln des Tarifvertrags auch für alle bis dato nicht tarifgebundenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Geltungsbereich. Aufgrund des so genannten Arbeitnehmerentsendegesetzes, das bislang das Bauhaupt- und Gebäudereinigungsgewerbe erfasst, unterliegen auch in Deutschland tätige ausländische Unternehmen den Normen eines Tarifvertrages.



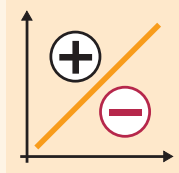
„Wer weiß, wie Gesetze und Würste zustande kommen, der kann nachts nicht mehr ruhig schlafen.“

Otto von Bismarck

IM KLARTEXT

Oktober 2007

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Oktober 2007

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung ⊕

Im September war die Zahl der offiziell gemeldeten Arbeitslosen so niedrig wie seit zwölf Jahren nicht mehr. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) hatten 3,5 Millionen Menschen keine Arbeit. 162 000 Arbeitlose weniger zählte die Behörde im Vergleich zum Vormonat, rund 694 000 weniger Arbeitslose waren es im Vergleich zum September 2006.

Laut BA hat sich die Lage für alle von Arbeitslosigkeit betroffenen Altersgruppen positiv entwickelt: Die Zahl der

jungen Erwachsenen – bis 25 Jahre – ohne Arbeit ging im Vorjahresvergleich um 100 000, die der älteren Arbeitslosen um fast 300 000 zurück. Außer bei Banken und Versicherungen sowie im öffentlichen Dienst seien in allen Branchen neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Hälfte der neuen Arbeitsplätze sind der BA zufolge allerdings Teilzeitbeschäftigungen.

Geldwertstabilität ⊖

Die Kaufkraft der Bürger ist im September erneut gesunken. Die Inflationsrate betrug 2,4 Prozent, das war der höchste Wert seit zwei Jahren. Die hohe Teuerungsrate führen die Statistiker vor allem auf die Preisentwicklung bei Mineralölprodukten zurück: Im Jahresvergleich seien die Preise für Kraftstoffe um 8,9 Prozent, die für leichtes Heizöl um 3,1 Prozent gestiegen. Im September 2006 waren diese Produkte deutlich billiger geworden. Dieser statistische Basiseffekt sei ausschlaggebend für den Preisaufrtrieb; ohne Einrechnung der Preisentwicklung bei Mineralölpro-

Preisänderungen

Änderungen der Verbraucherpreise Sept. 2007 gegenüber Sept. 2006	
Gemüse	-13,1 %
Kartoffeln	-9,2 %
Internetnutzung	-6,0 %
Rindfleisch	-1,9 %
Schweinefleisch	-0,8 %
Milch/Milchprodukte	+18,8 %
Geflügel	+12,3 %
Obst	+6,8 %
Eier	+5,2 %
PKW (Neuwagen)	+3,3 %
Heizöl	+2,5 %
Brot	+2,1 %

Quelle: Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle; Statistisches Bundesamt

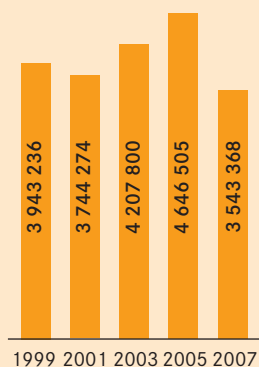
dukten hätte die Teuerungsrate im September bei 2,2 Prozent gelegen.

Ökonomen rechnen für das Gesamtjahr 2007 mit einer Inflationsrate von zwei Prozent. Bis zu diesem Wert spricht die Europäische Zentralbank von einer stabilen Währung. Allerdings potenziert sich der Kaufkraftverlust auch bei geringer Teuerung über die Jahre: Bei einer permanenten jährlichen Inflationsrate von 2,0 Prozent werden 1 000 € in dreißig Jahren eine Kaufkraft von rund 550 € haben.

Eigenverantwortung ⊕

In Deutschland sind 23 Millionen Menschen ehrenamtlich tätig. Dieses bürgerliche Engagement will der Staat stärken. Ehrenamtliche – Bundesfinanzminister Peer Steinbrück nennt sie die „wahren Helden unserer Gesellschaft“ – erhalten steuerliche Vergünstigungen, nachdem Ende September auch der Bundesrat dem „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ zugestimmt hat. Ehrenamtliche Aktivitäten sowie Geldspenden für gemeinnützige Zwecke werden rückwirkend zum 1. Januar 2007 mit einer Steuerentlastung in Höhe von fast einer halben Milliarde Euro gefördert.

Arbeitslose



jeweils September
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Spenden

Geldspenden in Millionen €	
2. Halbjahr 2004*	1 390
1. Halbjahr 2005*	1 191
2. Halbjahr 2005	1 268
1. Halbjahr 2006	773
2. Halbjahr 2006	1 199
1. Halbjahr 2007	843

* inklusive Tsunami-Spenden
Quelle: Deutscher Spendenrat

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: BMWi (innen)/dpa-Bilderdienste
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard